

Vernehmlassungsantwort 10.01.2025

Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme: Stellungnahme economisesuisse

economisesuisse lehnt die vorgeschlagene Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme ab. Der Vorschlag, der für eine Konsultation in der Notfallstation eines Spitals eine Erhöhung der Selbstbehalt-Obergrenze vorsieht, ist zu kompliziert und bringt einen zu grossen administrativen Mehraufwand mit sich. Die Wirkung hingegen wäre bescheiden: Die Gebühr würde nur etwa 10 Prozent der Versicherten potenziell betreffen. Betroffen wären vor allem chronisch Kranke. Die wirklichen Bagatellfälle, auf welche die Gebühr abzielen will, sind im Grunde gesunde Personen, die wegen einer Bagatelle unaufgefordert die Notfallstation eines Spitals aufsuchen. Da solche Personen in der Regel die Selbstbehalt-Obergrenze gar nicht erreichen, sind sie von der vorgeschlagenen Gebühr aber gar nicht betroffen. Die Gebühr würde also überwiegend die Falschen treffen. Anstatt eine weitere Regulierung einzuführen, die wirkungslos und administrativ aufwendig ist, sollten Alternative Versicherungsmodelle (z.B. Telemedizin- oder HMO-Modelle) gestärkt werden. In diesen Modellen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Personen wegen Bagatellen die Notfallstation eines Spitals aufsuchen, wesentlich geringer, da bereits im Vorfeld eine Abklärung erfolgt.